**Deutscher Bundestag**
**13. Wahlperiode**

**Drucksache 13/4966**

19. 06. 96

# Antrag

**der Abgeordneten Volkmar Schultz (Köln), Ingrid Becker-Inglau, Adelheid Tröscher, Brigitte Adler, Klaus Barthel, Rudolf Bindig, Gabriele Fograscher, Norbert Formanski, Iris Gleicke, Achim Großmann, Dr. Ingomar Hauchler, Reinhold Hemker, Gabriele Iwersen, Eckart Kuhlwein, Konrad Kunick, Dr. Christine Lucyga, Dieter Maaß (Herne), Christoph Matschie, Ulrike Mehl, Angelika Mertens, Albrecht Papenroth, Otto Reschke, Reinhold Robbe, Dieter Schanz, Siegfried Scheffler, Günter Schluckebier, Dagmar Schmidt (Meschede), Dr. Emil Schnell, Walter Schöler, Dr. Mathias Schubert, Dr. R. Werner Schuster, Wolfgang Spanier, Dr. Peter Struck, Wolfgang Thierse, Hans Wallow, Matthias Weisheit, Verena Wohlleben, Hanna Wolf (München), Rudolf Scharping und der Fraktion der SPD**

## Siedlungspolitik mit der Agenda von HABITAT II in Einklang bringen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die zweite VN-Konferenz zu menschlichen Siedlungen „HABITAT II" vom 3. bis 14. Juni 1996 in Istanbul hat in einer Agenda den Handlungsbedarf für menschliches Wohnen und umweltschonende Siedlungsentwicklung vorgelegt. Den Beratungen auf diesem internationalen Städtegipfel lagen die nationalen Berichte der teilnehmenden Staaten zugrunde.

Der Bericht zur Siedlungs- und Stadtentwicklung, der als Nationalbericht der Bundesregierung auf der Habitat II-Konferenz von Istanbul vorgelegt wurde, liefert über weite Strecken zutreffende Analysen der Probleme der Stadt- und Siedlungsentwicklung in unserem Land. Er weist insbesondere hin

- auf die Gefahren der Erosion und der sozialen Entmischung der Kernstädte,
- auf die nachteiligen Folgen des ausufernden Flächenverbrauchs und auf die Notwendigkeit einer stärkeren Innenentwicklung,
- auf die unübersehbaren ökologischen Schäden des ungebremst weiterwachsenden Automobilverkehrs und auf die Schlüsselrolle einer stadtverträglichen Mobilitätspolitik,
- auf die Erfordernisse einer sozialen Wohnungspolitik für benachteiligte Gruppen der Bevölkerung.

Die aktuelle Politik der Bundesregierung entspricht jedoch den Erkenntnissen dieses Berichtes in wesentlichen Punkten nicht. Im Gegenteil:

- Die Politik der Bundesregierung fördert die Suburbanisierung durch die einseitige Propagierung von Wohneigentum in der Fläche und damit eine weitere massive Zersiedelung;
- sie reduziert ihr Engagement für die Wohnungsversorgung ärmerer Bevölkerungsschichten bis an die Grenze der Erkennbarkeit;
- sie bringt die Städtebauförderung weitgehend zum Erliegen und läßt die Gemeinden mit den wachsenden Problemen der Innenentwicklung und der sozialen Segregation im Stich;
- sie verfügt erkennbar über kein nachhaltiges Konzept zum Umbau des Verkehrssystems;
- sie verweigert ein Steuersystem, das den sparsamen Umgang mit Ressourcen fördert.

Eine so widersprüchliche Politik darf nicht zum weltweiten „Exportschlager" hochstilisiert werden, denn die Übertragung der Wohlstandsmodelle und Leitbilder der Industriestaaten führt in den Entwicklungsländern zwangsläufig in die Sackgasse der ökologischen und sozialen Katastrophen. Der Lebensstil der Industriegesellschaften setzt Maßstäbe nicht für die Erhaltung von Ressourcen, sondern für ihren nachhaltigen Verbrauch.

Die Zahl der „Mega-Cities" mit mehreren Millionen Einwohnern ist sprunghaft angestiegen. Slum-Gürtel legen sich um diese Städte. Ihre Infrastruktur ist jedoch seit 20 Jahren gleich geblieben. Diese Riesenstädte mit ihren unwürdigen Lebensbedingungen liegen vor allen in Ländern der „Dritten Welt".

Die Industrieländer sind aufgrund der AGENDA 21 des Umweltgipfels aufgefordert, eine nachhaltige Entwicklung in der Stadt- und Siedlungsplanung zu unterstützen.

Der Deutsche Bundestag bedauert es, daß von seiten der Bundesregierung der Anteil der Entwicklungspolitik bei Planung, Durchführung und Follow-up wieder unterbewertet wird und es für die Umsetzung der von der Bundesregierung eingegangenen Verpflichtungen im internationalen Bereich keine zusätzlichen Mittel im Entwicklungshaushalt gibt.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ihre eigenen theoretischen Erkenntnisse und die Forderungen des Nationalen Aktionsplanes zur nachhaltigen Siedlungsentwicklung mit ihrer praktizierten Politik in Übereinstimmung zu bringen. Dies muß insbesondere gelten für die Bereiche der Raumordnung, der Städtebau- und Wohnungspolitik, der Verkehrspolitik, der Energiepolitik und der Steuerpolitik;

- ein umfassendes Konzept zur Stadtökologie mit einem entsprechenden rechtlichen und finanziellen Handlungsrahmen für die Gemeinden zu entwickeln;
- ihre Entwicklungspolitik um die folgenden Maßnahmen zu ergänzen;
  - Förderung der Metropolen mit dem Ziel, regierbare Verwaltungseinheiten zu schaffen und die Bewohner an Entscheidungen zu beteiligen;
  - verstärkte Förderung von Wohnungsbau auch unter der Berücksichtigung der Selbsthilfe und infrastrukturellen Maßnahmen in den Bereichen Abfall, Abwasserentsorgung und Wasserversorgung, Bildung, Gesundheit, Gewerbeflächenerschließung und Verkehr;
  - Förderung des privaten und staatlichen Umweltmanagements, auch in partnerschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Industrieländern, Entwicklungsländern, Schwellenländern und Transformationsländern, gezielte Förderung von Nichtregierungsorganisationen und Unterstützung ihrer Arbeit bei der Umsetzung des Aktionsplans;
- im vierjährigen Rhythmus dem Deutschen Bundestag einen Bericht über die Umsetzung dieses Beschlusses vorzulegen und eine nationale Follow-up-Konferenz zu organisieren. Dieser Bericht der Bundesregierung soll auch die Umsetzung der Verpflichtungen auf internationaler Ebene berücksichtigen.

Bonn, den 19. Juni 1996

**Volkmar Schultz (Köln)**
**Ingrid Becker-Inglau**
**Adelheid Tröscher**
**Brigitte Adler**
**Klaus Barthel**
**Rudolf Bindig**
**Gabriele Fograscher**
**Norbert Formanski**
**Iris Gleicke**
**Achim Großmann**
**Dr. Ingomar Hauchler**
**Reinhold Hemker**
**Gabriele Iwersen**
**Eckart Kuhlwein**
**Konrad Kunick**
**Dr. Christine Lucyga**
**Dieter Maaß (Herne)**
**Christoph Matschie**
**Ulrike Mehl**
**Angelika Mertens**
**Albrecht Papenroth**
**Otto Reschke**
**Reinhold Robbe**
**Dieter Schanz**
**Siegfried Scheffler**
**Günter Schluckebier**
**Dagmar Schmidt (Meschede)**
**Dr. Emil Schnell**
**Walter Schöler**
**Dr. Mathias Schubert**
**Dr. R. Werner Schuster**
**Wolfgang Spanier**
**Dr. Peter Struck**
**Wolfgang Thierse**
**Hans Wallow**
**Matthias Weisheit**
**Verena Wohlleben**
**Hanna Wolf (München)**
**Rudolf Scharping und Fraktion**

Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333